

Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2009

Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Die deutsche Wirtschaft bewegte sich im ersten Halbjahr 2009 mit hoher Geschwindigkeit in die tiefste Krise der Nachkriegszeit. Der weltweite wirtschaftliche Absturz traf den „Exportweltmeister“ Deutschland härter als die meisten anderen hoch entwickelten Volkswirtschaften. Umso auffälliger ist, dass die Tarifpolitik keineswegs mit gleicher Dynamik in einen Abwärtsstrudel gerissen wurde. Die Tarifabschlüsse zeigen zwar zum Teil deutlich sichtbare Krisenspuren, aber die Abschlussraten für dieses Jahr bewegen sich überwiegend zwischen 2,5 % und 3 % und liegen damit deutlich über der erwarteten Preissteigerungsrate von rund 0,5 %. Allerdings belegen vielfach vereinbarte „Nullmonate“ ohne Tariferhöhung sowie Pauschalzahlungen und Öffnungsklauseln, dass die Arbeitgeber die günstige Gelegenheit der Rezession nutzten, um die (dauerhaften) Kostenwirkungen der Abschlüsse zu begrenzen.

1

Einleitung

War das Tarifjahr 2008 in den letzten Monaten im Wesentlichen von der Finanzmarktkrise bestimmt, stand das erste Halbjahr 2009 unter dem Eindruck des Übergreifens der Krise auf die Realwirtschaft (IMK 2009; Gemeinschaftsdiagnose 2009). Das Bruttoinlandsprodukt, das bereits im dritten Quartal 2008 kräftig schrumpfte, stürzte dann im ersten Quartal dieses Jahres regelrecht ab. Wider Erwarten spiegelte sich dies auf dem Arbeitsmarkt bislang begrenzt wider. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg nur relativ verhalten an, die Unternehmen fingen Auftragseinbrüche und Produktionsrückgang überwiegend mit internen flexiblen Personalanpassungsmaßnahmen auf. Abbau von Arbeitszeitkonten und extensive Nutzung von Kurzarbeit trugen wesentlich dazu bei, dass sich der Arbeitsplatzverlust bis zur Jahresmitte, gemessen an der Schrumpfung der realen Wirtschaftsleistung, in Grenzen hielt.

Es gehört zu den hervorstechenden Momenten dieser Tarifrunde, dass sich die *Lohn- und Gehaltsforderungen* der Gewerkschaften trotz der dramatischen Krisenentwicklung überwiegend auf einem hohen Niveau bewegten. Dafür sind verschiedene Gründe maßgeblich: Im öffentlichen Dienst forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die Beschäftigten der Länder eine Tarifanhebung von 8 %,

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2009 in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Gewerkschaft	Forderung
Bauhauptgewerbe	IG BAU	6 %
Deutsche Bahn AG	Transnet	10 %
Deutsche Telekom AG	ver.di	8,5 %, mind. 220 €
Druckindustrie	ver.di	5 %
Eisen- und Stahlindustrie	IG Metall	4,5 %
Elektrohandwerk NRW	IG Metall	5,5 %
Einzelhandel NRW	ver.di	6,5 %, mind. 135 €
Energiewirtschaft Tarifgruppe RWE	IG BCE/ver.di	8 %
Groß- und Außenhandel NRW	ver.di	8 %, mind. 175 €
Holz- und Kunststoffindustrie	IG Metall	5,5 %
Maler- und Lackiererhandwerk	IG BAU	7,2 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	NGG	5–7 %
Öffentlicher Dienst (Länder)	ver.di	8 %, mind. 200 €
Textil- und Bekleidungsindustrie West	IG Metall	5,5 %
Textilreinigungsgewerbe	IG Metall	5,5 %
Aus Tarifrunde 2008: Bankgewerbe	ver.di	8 %, mind. 260 €

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

mindestens jedoch 200 €, und orientierte sich damit exakt an der Vorjahresforderung für den Bereich Bund und Gemeinden. Bei der Deutschen Telekom (8,5 %, mindestens 220 €) und der Deutschen Bahn (10 %) argumentierten die Gewerkschaften mit den (immer noch) guten Unternehmensbilanzen. Im Handel beliefen sich die Forderungen zwischen 6,5 % (Einzelhandel) und 8 % (Großhandel). In den übrigen Bereichen bewegten sich die Forderungen überwiegend zwischen 5 % und 5,5 %. In verschiedenen Branchen zielten die Gewerkschaften mit Sockelbeträgen auf eine stärkere Tarifanhebung für die unteren Einkommensgruppen (*Übersicht 1*). Maßgebliche

Begründung für die Tarifforderungen war neben den Verteilungsansprüchen der Beschäftigten auch die gesamtwirtschaftlich notwendige Stabilisierung der Binnen nachfrage, um einen Ausgleich für die weg brechende Exportnachfrage zu schaffen.

Reinhard Bispinck, Dr., Wissenschaftler im WSI und Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
Götz Bauer, Monika Müller, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube und Monika Wiebel sind Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen im WSI-Tarifarchiv.

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2009

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
12.11.2008	Metallindustrie Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	510 € Pauschale insg. für November 2008–Januar 2009 2,1 % ab 01.02.09 2,1 % ab 01.05.09 (auf Basis des Entgelts Nov. 2008) 122 € Einmalzahlung im September 2009, Laufzeit bis 30.04.10 0,4 % Einmalzahlung jeweils für Januar–April 2010 (Finanzierung Altersteilzeit)
12.12.2008	Tarifgruppe RWE	4,0 % ab 01.01.09 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 1.200 € Einmalzahlungen für 2009 und weitere 800 € für 2010 Laufzeit bis 31.10.10
31.01.2009	Deutsche Bahn AG	2,5 % ab 01.02.09 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 500 € Einmalzahlung im Dezember 2009, Laufzeit bis 31.07.10
01.03.2009	Öffentlicher Dienst Länder	40 € Pauschale insg. für Januar und Februar 2009 40 € Sockelbetrag ab 01.03.09 3,0 % ab 01.03.2009 1,2 % Stufenerhöhung ab 01.03.10, Laufzeit bis 31.12.10
10.03.2009	Textil- und Bekleidungsindustrie West	nach 2 Nullmonaten (März und April) 340 € Pauschale insg. für Mai–Dezember 1,5 % sowie 40 € Sockelbetrag ab 01.01.10 99 € Einmalzahlung insg. für Januar und Februar 2011
13.03.2009	Deutsche Telekom AG	3,0 % ab 01.01.09 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.12.10
01.04.2009	Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	350 € Pauschale insg. für April–Dezember 2009 2,0 % ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.08.10
22.04.2009	Bankgewerbe	nach 4 Nullmonaten (Juli–Oktober 2008) 2,5 % ab 01.11.08 200 € Einmalzahlung im Februar 2010, Laufzeit bis 30.04.10
12.05.2009	Süßwarenindustrie	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,0 % ab 01.06.09 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
18.05.2009	Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)	100 € Pauschale für Mai 3,62 % ab 01.06.09, Laufzeit bis 30.06.10
23.05.2009	Bauhauptgewerbe	60 € Pauschale insges. für April–Mai West und Berlin: 2,3 % ab 01.06.09 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11 Ost: Anhebung um Cent-Werte der West-Anhebung stufenweise Anhebung der Mindestlöhne
02./03.06. 2009	Druckindustrie	280 € Pauschale insg. für April 2009–März 2010 2,0 % ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11
11.06.2009	Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	nach 4 Nullmonaten (Mai–August) 2,0 % ab 01.09.09 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.10 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2010, Laufzeit bis 30.04.11
12.06.2009	Versicherungsgewerbe	250 € Pauschale insg. für Oktober 2009–März 2010 2,5 % ab 01.04.10, Laufzeit bis 31.03.11

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Juni 2009.

WSI MITTEILUNGEN

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Länder) Ende Dezember 2008 als Erste aus, zeitgleich auch in einigen Energiebereichen (RWE, Vattenfall) sowie bei der Deutschen Telekom. Ende Januar 2009 folgte die Deutsche Bahn, Ende Februar die Textil- und Bekleidungsindustrie (West) und Ende März das Bauhauptgewerbe, die Druckindustrie und die Eisen- und Stahlindustrie. Die verschiedenen regionalen Tarifbereiche des Einzelhandels sowie des Großhandels standen ebenfalls Ende März bzw. Ende April zu Verhandlungen an. Noch nicht beendet waren zu Beginn der Tarifrunde 2009 die Verhandlungen im

Bankgewerbe, die im Oktober 2008 angesichts der Finanzkrise unterbrochen wurden waren.

Eine wichtige Vorgabe für die Tarifrunde 2009 bildete der Abschluss für die Metallindustrie. Im November 2008 hatten sich die Tarifparteien auf einen 18-monatigen Tarifabschluss geeinigt, der neben einer Pauschalzahlung von 510 € für die ersten drei Monate eine Tariferhöhung in zwei Stufen um jeweils 2,1 % im Februar und Mai 2009 sowie eine weitere Sonderzahlung von 122 € im September 2009 vorsah. Ebenfalls bereits im vorigen Jahr erfolgte ein Abschluss in der Energiewirtschaft. Er sah für die Tarifgruppe RWE eine Tarif-

anhebung von 4 % ab Januar 2009 vor, eine Stufenanhebung um 2,2 % ab Beginn nächsten Jahres sowie zwei Einmalzahlungen von 1.200 € (2009) und 800 € (2010) mit einer Laufzeit bis 31.10.2010.

Ende Januar (31.1.2009) vereinbarten die Tarifparteien bei der *Deutschen Bahn AG* einen zweistufigen Abschluss mit einer Anhebung um 2,5 % ab 1.2.2009 und einer Stufenerhöhung um 2 % ab 1.1.2010 sowie einer Einmalzahlung von 500 €, Laufzeit bis 31.7.2010. Außerdem wurden verbesserte Arbeitszeitregelungen vereinbart. Bei der *Deutschen Telekom AG* sah der Abschluss eine Tarifsteigerung von 3 % ab 1.1.2009 und weitere 2,5 % ab 1.1.2010 vor. Für den Großteil der Beschäftigten im Bereich der Service-Gesellschaften der Deutschen Telekom AG erhöhen sich die Vergütungen zu den gleichen Zeitpunkten um 5 % bzw. 3,6 %. Hier ist jedoch der Wegfall der 2007 im Rahmen der Tarifeinigung zu T-Service vereinbarten Ausgleichszahlungen von jeweils 2,2 % gegenzurechnen, so dass effektiv ein Plus von insgesamt 4,2 % verbleibt. Die Laufzeit endet jeweils zum 31.12.2010.

Den ersten großen Flächenabschluss gab es am 1.3.2009 im *öffentlichen Dienst* für die Länder (ohne Hessen und Berlin). Er sieht die Anhebung der Tarifentgelte um einheitlich 40 € sowie um 3 % ab 1.3.2009 vor. Am 1.3.2010 folgt eine Stufenerhöhung um 1,2 % mit einer Laufzeit bis 31.12.2010. Damit konnte ver.di im Wesentlichen die Einkommensentwicklung bei Bund und Gemeinden nachvollziehen.

In der *Textil- und Bekleidungsindustrie* (West) sah der Abschluss vom 10.3.2009 nach zwei Nullmonaten eine Pauschalzahlung für Mai bis Dezember in Höhe von insgesamt 340 € vor. Ab 1.1.2010 folgt eine Tarifanhebung um 1,5 %, ein Sockelbetrag von 40 € sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 99 € für Januar und Februar 2010. Auch im Abschluss der *Eisen- und Stahlindustrie* vom 1.4.2009 ist für die erste Phase eine Pauschalzahlung enthalten. Sie beträgt für April bis Dezember 2009 insgesamt 350 €, gefolgt von einer Tarifanhebung um 2 % ab 1.1.2010 bei einer Laufzeit bis 31.8.2010. Eine ähnliche Struktur hat auch der Abschluss in der *Druckindustrie* vom 3.6.2009 mit einer Pauschale von 280 € für April 2009 bis März 2010 und einer Tarifsteigerung von 2 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011.

Anders in der *Süßwarenindustrie*, wo die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gast-

stätten (NGG) in Nordrhein-Westfalen einen bemerkenswerten Abschluss erzielen konnte. Er sieht nach zwei Nullmonaten eine Tarifanhebung um 3 % ab dem 1.6.2009 sowie eine Stufenerhöhung von 1,9 % ab dem 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis zum 31.3.2011 vor.

Im *Bauhauptgewerbe* (West) vereinbarten die Tarifparteien am 23.5.2009 einen Abschluss mit einer Pauschalzahlung von 60 € für April und Mai 2009, eine anschließende Tariferhöhung von 2,3 % und eine Stufenanhebung von erneut 2,3 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011. Im Osten fällt die Anhebung etwas höher aus. Die Mindestlöhne werden stufenweise angehoben.

Im *Einzelhandel* erreichte ver.di am 11.6.2009 in Nordrhein-Westfalen einen ersten Abschluss, der auch zur Übernahme in den anderen Tarifbereichen empfohlen wurde: Nach vier Nullmonaten gibt es ab dem 1.9.2009 eine Tarifanhebung um 2 % und zum 1.9.2010 eine Stufenanhebung um weitere 1,5 % bei einer Laufzeit bis zum 30.4.2011. Im April 2010 erfolgt eine Einmalzahlung von 150 €.

Im *Bankgewerbe* konnte am 23.5.2009 endlich die bereits im Juni 2008 begonnene Tarifrunde abgeschlossen werden: Auf vier Nullmonate (Juli bis Oktober 2008) folgt eine Tariferhöhung um 2,5 % ab 1.11.2008 mit einer Laufzeit bis 30.4.2010. Zusätzlich gibt es im Februar 2010 200 € als Einmalzahlung. Im *Versicherungsgewerbe* schloss ver.di am 12.6.2009, also bereits drei Monate vor Auslaufen des Tarifvertrages, ein Tarifabkommen, das neben einer Pauschalzahlung von insgesamt 250 € für Oktober 2009 bis März 2010 eine Tarifanhebung von 2,5 % ab 1.4.2010 bei einer Laufzeit bis 31.3.2011 vorsieht.

Der Konflikt im Bereich des *Sozial- und Erziehungsdienstes* im öffentlichen Dienst hatte eine besondere tarifpolitische Qualität. Er drehte sich um die bessere Eingruppierung der Beschäftigten dieses Tätigkeitsbereichs und um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Im letztgenannten Bereich forderten die beteiligten Gewerkschaften, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und ver.di, einen eigenständigen Tarifvertrag zur Gesundheitsförderung. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses war der Konflikt noch nicht beendet.

2 Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im ersten Halbjahr des Jahres 2009 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund 3,9 Mio. Beschäftigte ab, darunter rund 0,5 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht etwa einem Fünftel der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die *durchschnittliche Abschlussrate* betrug für die Beschäftigten 4 % (West: 3,9 %, Ost: 5 %). Diese Größe schließt auch weitere Stufenanhebungen ein, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden. Berücksichtigt werden allerdings nur die tabellenwirksamen Tarifanhebungen, während die Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außen vor bleiben.

Berücksichtigt man ausschließlich die *im Jahr 2009 in Kraft tretenden Tariferhöhungen*, ergibt sich eine Erhöhung von 2,8 % (West: 2,6 %, Ost: 3,6 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann zeigt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt der Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit 1,5 %,¹ der Handel mit 2 % und der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,3 %. Am oberen Ende stehen die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit 3,9 % sowie Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 4,4 %.

Für fast 90 % der Beschäftigten mit Neuabschlüssen traten die Tarifsteigerungen mit Verzögerungen in Kraft. Gut die Hälfte (56 %) erhielt für diese *Nullmonate* Pauschalzahlungen. Die *Laufzeit* der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 23 Monate, der Trend zu länger laufenden Lohn- und Gehaltstarifverträgen setzte sich damit fort.

In Relation zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen ist die *jahresbezogene Steigerung* der Tarifverdienste heranzuziehen. Diese Größe bringt – anders als die Abschlussrate – die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen. Auf der Basis der vorliegenden dies-

jährigen Abschlüsse (Stichtag 19.6.2009) beträgt die kalenderjährige Erhöhung der Tarifverdienste für 2009 durchschnittlich 2,4 %. Für jene Wirtschaftszweige und Tarifbereiche, für die bereits im vergangenen Jahr oder früher Tarifanhebungen für das gesamte Jahr 2009 vereinbart wurden, errechnet sich eine jahresbezogene Steigerung von 3,3 %.

Insgesamt ergibt sich für 12,0 Mio. erfasste Beschäftigte eine *durchschnittliche Tarifsteigerung* für das Jahr 2009 von 3 %. Dieses positive Ergebnis für 2009 wird also maßgeblich von den Abschlüssen aus den Vorjahren beeinflusst, die für immerhin 8,1 Mio. Beschäftigte gelten, während die Neuabschlüsse in diesem Jahr bislang 3,9 Mio. Beschäftigte betreffen.

Die *kalenderjährige Tarifsteigerung* liegt mit 3 % in diesem Jahr voraussichtlich in etwa auf der Höhe des Vorjahres (2008: 2,9 %). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich nur rund 0,5 % wird mit dieser Tarif erhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr eine kräftige tarifliche Reallohnsteigerung von rund 2,5 % erreicht.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede (Tabelle 1). Die Spannweite variiert zwischen 1,2 % im Handel und 1,8 % für den Finanzdienstleistungssektor im unteren Bereich sowie 3,8 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung und 4 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung/Bergbau an der Spitze. Dazwischen liegen u.a. die Bereiche Verbrauchsgütergewerbe mit 2,5 %, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,6 %, Baugewerbe mit 2,7 % und Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,9 %.

Die jahresbezogene Tarifanhebung von 3 % entspricht aus verschiedenen Gründen nicht der Entwicklung der effektiv gezahlten Bruttoverdienste: Sie berücksichtigt weder die Veränderung der Arbeitszeit, z. B. durch Abbau von Überstunden oder Einführung von Kurzarbeit, noch die Effekte von geringeren erfolgs- oder ergebnisabhängigen Entgeltbestandteilen. Sie kann zudem naturgemäß keine Aussagen über die Einkommensentwicklung in den nicht tarifgebundenen Unternehmen machen, in denen der Einkommensanstieg geringer oder sogar negativ ausfallen kann.

¹ Allerdings betrifft dies lediglich 8.600 Beschäftigte.

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2009¹⁾ – in % –

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,9	3,7	3,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	4,0	3,6	4,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,5	3,9	2,6
Investitionsgütergewerbe	3,5	3,4	3,5
Verbrauchsgütergewerbe	2,6	2,3	2,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,6	2,9	2,6
Baugewerbe	2,6	2,8	2,7
Handel	1,2	3,0	1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,8	3,8	2,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	2,3	2,3	2,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3,6	4,4	3,8
Gesamte Wirtschaft	2,9	3,5	3,0

1) Jahresbezogene Erhöhung 2009 gegenüber 2008.

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2009, Stand: 19.6.2009.

Die Tarifanhebung von 3 % kommt im Übrigen nur zur vollen Wirkung, wenn sie auf betrieblicher Ebene vollständig und zeitlich korrekt umgesetzt wird. Dies ist jedoch in der jetzigen Krise aufgrund der verschiedenen tarifvertraglichen Öffnungs- und Verschiebeklauseln in einem beträchtlichen Teil der Unternehmen nicht der Fall.²⁾ Hinzu kommt, dass gegebenenfalls in manchen Betrieben noch vorhandene übertarifliche Entgeltbestandteile mit den Tarifanhebungen verrechnet werden. Darauf liegen jedoch keine verlässlichen Angaben vor. Insgesamt ist für 2009 also mit der Fortsetzung des Trends einer negativen Lohndrift zu rechnen, d. h. die Effektiveinkommensentwicklung bleibt mehr oder minder deutlich hinter der Tarifeinkommensentwicklung zurück. Dennoch geht von der Tarifentwicklung angesichts einer drohenden Deflationsspirale eine positive stabilisierende Wirkung aus.

Ein Blick auf das *Tarifniveau Ost/West*, d. h. das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten, ergibt am Beispiel ausgewählter Tarifbereiche folgendes Bild: Im Durchschnitt von rund 40 Tarifbereichen mit rund 1,8 Mio. Beschäftigten errechnet sich gegenüber Ende 2008 ein Rückgang des Tarifniveaus Ost/West von 96,8 % auf 96,1 %. Die Ursache für die deutliche Veränderung liegt in Entgeltstrukturveränderungen in der Metallindustrie. Die bisher zur Berechnung herangezogenen Eurobeträge der jeweiligen mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen wurden durch die entsprechenden Beträge der Entgeltgruppen nach den neuen Entgeltrahmenabkommen ersetzt. Diese fallen in der Ost-West-Relation ungünstiger aus und senken damit den Durchschnittswert.

3

Ausgewählte Tarifrunden

Forderungen, Ablauf und Ergebnisse der einzelnen Tarifrunden weisen deutliche Unterschiede auf. Von Bedeutung sind insbesondere die spezifischen Branchenstrukturen und die jeweiligen tarifpolitischen Rahmenbedingungen, die das konkrete Tarifgeschehen prägen. Im Folgenden werden in knapper Form vier Tarifrunden in größeren Branchen bzw. Tarifbereichen in der Reihenfolge dargestellt, die der zeitlichen Abfolge der Verhandlungen entspricht.

3.1 ÖFFENTLICHER DIENST – LÄNDER

Das Tarifgeschehen des öffentlichen Dienstes hat sich durch die Aufspaltung des früher einheitlich geregelten Tarifgebiets grundlegend verändert. Für Bund und Gemeinden einerseits und die Länder andererseits gelten mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dem Tarifvertrag für die Länder (TV-L) zwei getrennte (wenngleich inhaltlich ähnliche) Tarifwerke, die bislang aufgrund unterschiedlicher Laufzeiten nicht zeitgleich verhandelt werden (können). In dieser Tarifrunde stand die Neuverhandlung des TV-L auf der Tagesordnung, während der TVöD noch bis zum Jahresende läuft.

Zweieinhalb Jahre nach der Vereinbarung des TV-L wurde im Bereich der Länder erstmals wieder über Entgeltsteigerungen verhandelt. Der im Mai 2006 mit den Bundesländern (ohne Hessen und Berlin) vereinbarte TV-L sah ähnlich wie der TVöD bei Bund und Gemeinden eine neue einheitliche Entgeltstruktur für Arbeiter

und Angestellte vor. Materiell beinhaltete der Abschluss für die Jahre 2006 und 2007 drei Pauschalzahlungen und für das Jahr 2008 eine Tarifanhebung um 2,9 % (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2009).

Für die Tarifforderung der Gewerkschaften spielte neben der ökonomischen Entwicklung auch die Tarifsituation im Bereich von Bund und Gemeinden eine zentrale Rolle. Dort hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Frühjahr 2008 einen Abschluss durchgesetzt, der eine Sockelanhebung um 50 € sowie eine Tarifsteigerung um 3,1 % für 2008 und eine Stufenanhebung um 2,8 % für 2009 beinhaltete. Vorrangiges Ziel der Gewerkschaften war es, keine unterschiedliche Einkommensentwicklung in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes zuzulassen. Die Bundestarifkommission von ver.di beschloss daher am 9.12.2008 ein Forderungspaket, das sich eng an die vorjährigen Forderungen für Bund und Gemeinden anlehnte:

- Erhöhung der Tarifentgelte um 8 %, mindestens 200 €, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten;
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 120 €;
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten;
- verbindliche Regelungen zur Übernahme Ausgebildeter;
- im Rahmen von Leiharbeit Vereinbarungen zu „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (Equal-Pay).

VERHANDLUNGEN

Weder in der ersten Verhandlungs runde am 19.1. noch in der zweiten am 26.1. legten die Arbeitgeber für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ein Angebot vor. Am 3.2. rief ver.di zu einem ersten Streik- und Aktionstag auf. Der Schwerpunkt lag in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Allein in Niedersachsen beteiligten sich rund 14.000 und in Mecklenburg-Vorpommern rund 4.000 Beschäftigte. Am 4.2. lag der Schwerpunkt der Warnstreiks in Nord-

²⁾ So geht beispielsweise die IG Metall nach eigenen Erhebungen davon aus, dass rund ein Viertel der Betriebe von der Möglichkeit Gebrauch macht, die zweite Tarifanhebung von 2,1 % ab dem 1.5.2009 zu verschieben.

rhein-Westfalen mit ca. 5.000 Beteiligten. Aber auch in den anderen Bundesländern übten die Gewerkschaften vor der nächsten Verhandlungs runde am 14./15.2. durch zahlreiche Warnstreiks und Aktionen Druck auf die Arbeitgeber aus. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder kündigte am 10.2. an, in der nächsten Verhandlungs runde ein Angebot vorlegen zu wollen, da man an einem relativ schnellen Tarifabschluss, der jedoch verantwortbar sein müsse, interessiert sei.

In der dritten Verhandlungs runde am 14.2. legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor. Es sah nach sechs Nullmonaten (Januar bis Juni) eine Erhöhung von 4,2 % ab 1.7. vor, die Laufzeit sollte bis Ende 2010 gehen. Ver.di lehnte dieses Angebot als völlig unzureichend ab, da es u. a. weder eine soziale Komponente enthalte noch den An schluss an die Entwicklung bei Bund und Gemeinden sichere. Bis zu dieser Verhandlungs runde hatten sich ca. 80.000 Beschäftigte an Aktionen und Warnstreiks beteiligt. Vor der vierten Verhandlungs runde, die am 28. 2. begann, verstärkte ver.di den Druck auf die Arbeitgeber durch eine zweite Warnstreikwelle in der Zeit vom 25. bis 27.2., an der sich mehr als 100.000 Beschäftigte beteiligten.

ERGEBNIS

Nach mehrtägigen Verhandlungen konnte dann am 1.3. folgendes Ergebnis erzielt werden:

- Pauschalzahlung von insgesamt 40 € für Januar und Februar;
- einheitliche Erhöhung aller Entgeltgruppen um 40 € und darauf 3 % ab 1.3.;
- 1,2 % Stufenerhöhung ab 1.3.2010;
- Laufzeit bis Ende 2010;
- nach zwei Nullmonaten Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 60 € in allen Ausbildungsjahren ab März und 1,2 % ab März 2010.

Das mit dem TV-L eingeführte Leistungs entgelt entfällt zukünftig.³ Die Regelung zur befristeten Übernahme Ausgebildeter für zwölf Monate wird bis Ende 2010 verlängert. Die Vereinbarungen zum Überleitungsrecht von Bund und Gemeinden werden übernommen. Die Tarifvertragsparteien vereinbarten außerdem, die Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung unverzüglich nach den Sommerferien aufzunehmen.

In einer ver.di-Mitgliederbefragung stimmten 68,8 % der Beschäftigten und danach auch die ver.di-Tarifkommission mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung für die Annahme. Somit konnten die Tarifverträge rückwirkend zum 1. Januar in Kraft gesetzt werden.

Aus Sicht von ver.di konnten in dieser Tarif runde trotz denkbar ungünstiger Bedingungen „ehrgeizige Kernziele“ durchgesetzt werden. Neben der deutlichen Real lohnsteigerung hebt die Gewerkschaft vor allem den Sockelbetrag hervor, mit dem eine starke soziale Komponente erreicht werden konnte. Zwei „Haken“ nennt die Gewerkschaft: die geringe Erhöhung von 1,2 % im kommenden Jahr und der Wegfall des Leistungsentgeltes. Letzteres sei bei den Beschäftigten auf viel Kritik gestoßen. Für die TdL bewertete ihr Verhandlungsführer Möllring das Ergebnis als „fairen Kompromiss“ und begrüßte, dass ein Streik verhindert werden konnte.

SONDERFALL HESSEN

Das Bundesland Hessen gehört seit 2004 nicht mehr zur Tarifgemeinschaft deutscher Länder und hatte seitdem auch keine Entgelttarifverträge mehr mit den Gewerkschaften abgeschlossen. Vier Wochen nach dem TdL-Abschluss gelang es ver.di, erstmals wieder einen Tarifvertrag mit Hessen abzuschließen. Er sieht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 3 % ab April nach drei Nullmonaten (Januar bis März) sowie eine Stufenerhöhung von 1,2 % ab März 2010 vor. Im Juni 2009 gibt es eine Einmalzahlung von 500 €. Die Ausbildungsvergütungen werden ab April um jeweils 60 €, ab März 2010 um 1,2 % erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2010. Gleichzeitig einigten sich Arbeitgeber und ver.di auf ein neues, für Arbeiter und Angestellte einheitliches Tarifrecht (TV-H) ab 1. Januar 2010.

3.2 EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Im vergangenen Jahr konnte die IG Metall mit dem Tarifabschluss in der Stahlindustrie vom Februar 2008 und der darin enthaltenen Tarifsteigerung von 5,2 % die Taktzahl für die gesamte Tarif runde 2008 vorgeben. Hintergrund war der seinerzeit lang anhaltende, außerordentliche Stahl boom, der der IG Metall eine starke Verhandlungsposition verschaffte. Die Verhältnisse waren in diesem Jahr wie ausge-

wechselt. Der Boom fand ein abruptes Ende, im vierten Quartal 2008 verzeichnete die deutsche Stahlindustrie einen Rückgang beim Auftrageingang um über 40 %, für 2009 wird ein drastischer Produktions rückgang erwartet. Die Unternehmen reagierten personalpolitisch zunächst mit der breiten Einführung von Kurzarbeit in der gesamten Branche.

Die IG Metall kündigte die Tarifverträge zum 31.3.2009 und beschloss erst kurz vorher eine Tarifforderung von 4,5 % bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Das war die bei Weitem niedrigste Tarifforderung unter den größeren Branchen in dieser Tarif runde. Außerdem sollten der bestehende Beschäftigungssicherungstarifvertrag verlängert und verbessert sowie der Anspruch von Ausgebildeten auf Übernahme von zwölf auf 24 Monate ausgeweitet werden. Die zum Jahresende 2009 auslaufende Altersteilzeitregelung sollte unverändert fort geschrieben werden.

Am 27.3. fand die erste Verhandlungs runde statt, die Tarifparteien setzten für die Fragen der Beschäftigungssicherung eine kleine Kommission ein. In der zweiten Runde, die am 31.3. begann, konnte in der Nacht zum 1.4. bereits eine Einigung erzielt werden, die folgende Elemente beinhaltet:

- Pauschalzahlung von insgesamt 350 € für die Monate April bis Dezember;
- Tariferhöhung von 2 % ab 1.1.2010;
- Laufzeit bis zum 31.8.2010.

Der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung wurde bis zum 31.12.2011 verlängert und ermöglicht jetzt u.a. eine betriebliche Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 28 Wochenstunden mit einem gestaffelten Teil Lohnausgleich. Außerdem werden Ausgebildete für 24 Monate (bisher: zwölf Monate) in ein Arbeitsverhältnis mit mindestens 28 Stunden pro Woche übernommen. Der Tarifvertrag zur Altersteilzeit wurde über den 31.12.2009 hinaus verlängert. Am 7.4.

³ Zum 1. Januar 2007 wurde mit dem TV-L ein Leistungsentgelt eingeführt, für das anfangs 1 % der Gehaltssumme aller Beschäftigten des Vorjahres, später bis 8 % dieses Werts zur Verfügung stehen sollte. Eine Regelung zur Gestaltung der Leistungsentgelte kam nicht zustande. Deswegen wurden bislang mit dem Dezember-Gehalt jedem Beschäftigten ohne Berücksichtigung seiner Leistung 12 % seines Monatsgehalts vom September aus bezahlt. Das Volumen dieses Leistungsentgelts ist jetzt faktisch Bestandteil der Tariferhöhung und damit in die Entgelttabelle eingearbeitet worden.

Übersicht 3: Tariflicher Mindestlohn im Bauhauptgewerbe – in Euro –

Bauhauptgewerbe	388.900	ab 09/2008	ab 09/2009	ab 09/2010	ab 07/2011
West inkl. Berlin	Werker	10,70	10,80	10,90	11,00
	Fachwerker	12,85 (Berlin: 12,70)	12,90 (Berlin: 12,75)	12,95 (Berlin: 12,75)	13,00 (Berlin: 12,85)
Ost	Werker	9,00	9,25	9,50	9,75
	Fachwerker	9,80	– *	–	–

* Wegfall als Mindestlohngruppe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

wurde der Tarifabschluss grundsätzlich auch für das Bundesgebiet Ost übernommen.

Die IG Metall hob in ihrer Bewertung vor allem die Elemente zur Beschäftigungssicherung hervor und verortete den Einkommenskompromiss „hart an der Schmerzgrenze“. In der Tarifkommission wurde das Ergebnis mit großer Mehrheit, allerdings bei einer Reihe von Nein-Stimmen, angenommen. Der Arbeitgeberverband Stahl nannte das Ergebnis „tragbar“ und hob positiv die längere Laufzeit hervor. Der Arbeitgeberverband Druck und Medien sprach mit Blick auf die bevorstehende Tarifrunde in der Druckindustrie hoffnungsvoll von einer „Trendwende“ in der IG Metall. In der Presse wurde die Haltung der IG Metall als „kompromissbereit“ (Handelsblatt) und „bescheiden“ (FAZ) charakterisiert.

3.3 BAUHAUPTGEWERBE

Im Bauhauptgewerbe lag der letzte Abschluss knapp zwei Jahre zurück. Im Mai 2007 erreichte die IG BAU nach knapp dreiwöchigem Streik eine dreistufige Tarif erhöhung. Der Vertrag lief zum 31.3. dieses Jahres aus. In dieser Tarifrunde forderte die IG BAU am 22.1. eine Erhöhung der Einkommen um 6 % sowie eine weitere Angleichung des Tarifniveaus in Ostdeutschland an das der westlichen Bundesländer. Hauptbegründung der Gewerkschaft war die positive Branchenentwicklung. „Die Gewinne in der Bauwirtschaft sind in den letzten sechs Jahren kräftig gestiegen, die Einkommen der Beschäftigten aber real gesunken“, so IG BAU-Vorsitzender *Klaus Wiesehügel*. Die Bauarbeiter wiesen die Forderung als völlig überzogen zurück. Sicherung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit müssten Vorrang vor Einkommensverbesserungen haben.

In den ersten drei Verhandlungs runden am 5.3., 26.3. und 5.5. legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Sie forderten jedoch die Abkoppelung der Ausbildungsvergütungen von einer eventuellen Erhöhung

der Löhne und Gehälter. Eine Annäherung konnte auch nicht bezüglich der von der IG BAU geforderten Ost-West-Angleichung gefunden werden. Die Arbeitgeber wollten hier u.a., dass für Berlin zukünftig die Tarifregelungen des Bundesgebietes Ost gelten. Außerdem forderten sie den Wegfall des Mindestlohns 2.

Die IG BAU erklärte am 11.5. das Scheitern der Verhandlungen und rief die Schlichtung an. Sie begann unter Vorsitz des früheren Wirtschafts- und Arbeitsministers *Wolfgang Clement* am 22.5. und konnte nach 18-stündigen Verhandlungen am 23.5. durch einen einstimmigen Schiedsspruch erfolgreich beendet werden. Das Ergebnis sah folgendermaßen aus:

- Pauschalzahlung von insgesamt 60 € für die Monate April und Mai;
- West und Berlin: Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab Juni um 2,3 %;
- Stufenerhöhung ab April 2010 um weitere 2,3 %;
- Ost: Erhöhung um die Cent-Beträge, die sich durch die prozentuale Erhöhung im Westen ergeben (entspricht jeweils 2,6 %);
- Auszubildende: nach zwei Nullmonaten (April und Mai) Erhöhungen von jeweils 2,3 % ab Juni 2009 und April 2010. Davon abweichend wird die Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr ab Juni 2009 um 20 € erhöht;
- Laufzeit bis zum 31. März 2011.

Zum Mindestlohn wurden Anhebungen in West und Ost, aber auch der Wegfall des zweiten Mindestlohnes für Angelernte in Ostdeutschland vereinbart (*Übersicht 3*):

- Bundesgebiet West: Anhebung der Mindestlöhne bis Juli 2011 in drei Stufen in der Lohngruppe 1 von 10,70 € auf 11 €, in der Lohngruppe 2 von 12,85 € auf 13 €;⁴
- Bundesgebiet Ost: Erhöhung des Mindestlohnes der Lohngruppe 1 in drei Stufen von 9,00 € auf 9,75 € bis Juli 2011 und Wegfall der Lohngruppe 2 als Mindestlohngruppe;

- Laufzeit der Mindestlohn-Tarifverträge bis Ende November 2011.

Die in den Lohntarifverträgen West und Ost sowie im Standortsicherungs-Tarifvertrag für Berlin enthaltenen Absenkungsmöglichkeiten der Löhne werden von 8 % auf 6 % verringert. Ferner sieht der Schiedsspruch vor, dass eine technische Kommission gebildet wird, die in den nächsten zwei Jahren eine verbindliche Grundlage für die Angleichung des Tarifniveaus in Ostdeutschland an das der westlichen Bundesländer für die nächsten Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen entwickeln soll.

Die IG BAU sprach von einem tragfähigen Kompromiss in wirtschaftlich schwieriger Zeit, der Reallohnerhöhungen – ohne Kompensierung an anderen Stellen – vor sieht und den Flächentarifvertrag erhält.

3.4 EINZELHANDEL

Die Tarifrunden im Einzelhandel gestalteten sich in den vergangenen Jahren stets sehr schwierig. Zumeist gelang der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ein Abschluss nur mit großer Mühe und nach langwierigen Auseinandersetzungen. So konnte die Tarifrunde des Jahres 2007 erst nach über einjährigen Verhandlungen im Sommer vergangenen Jahres beendet werden. Angesichts der tiefen Rezession war daher auch in diesem Jahr nicht unbedingt mit raschen Ergebnissen zu rechnen. Auch die Arcandor-Krise machte die Verhandlungssituation nicht leichter. Ver.di zog aus den gemachten Erfahrungen verschiedene Konsequenzen: Zum einen bemühte sie sich um eine koordinierte Tarifrunde von Einzel- und Großhandel und entwickelte eine gemeinsame Kampagne „Fair heißt mehr – von uns lebt der Handel“. Zum andern sollten neue Arbeitskampfkonzepte einen größeren und wirksameren Druck auf die Arbeitgeber ermöglichen.

Im Einzelhandel fielen die regionalen Forderungen bei ähnlicher Struktur dennoch etwas unterschiedlich aus. Die Bandbreite der regionalen Forderungen lag bei 6,5 % bis 6,8 % fast durchweg verbunden mit Mindesterhöhungen zwischen 120 € und 150 € sowie Festgeldforderungen in

⁴ In Berlin steigt der Mindestlohn 2 im selben Zeitraum von 12,70 € auf 12,85 €.

Höhe von 130 € und 135 €. Für die Auszubildenden in Hessen forderte ver.di eine Erhöhung von 50 € bzw. 60 €, in Nordrhein-Westfalen von 6,5 %, mindestens jedoch 50 €.

Der Auftakt der regionalen Tarifverhandlungen im Einzelhandel fand am 3.4. in Hessen statt, in den kommenden Tagen und Wochen folgten die anderen regionalen Bereiche. In Nordrhein-Westfalen legten die Arbeitgeber in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen am 7.5. folgendes Angebot vor: nach sieben Nullmonaten Einkommenserhöhungen von 1,5 % ab Dezember 2009 und weitere 0,5 % ab Januar 2011 sowie 150 € als zusätzliche Einmalzahlung innerhalb des Jahres 2010 mit einer Gesamtauflaufzeit von 24 Monaten. Die Betriebsparteien sollten die Möglichkeit zur Streichung der Einmalzahlung und zum Verschieben der prozentualen Erhöhungen haben. Ver.di lehnte dieses und ähnliche Angebote in anderen Regionen ab und führte erste Warnstreiks, Urabstimmungen und reguläre Arbeitskampfmaßnahmen durch.

In der dritten Verhandlungsrounde am 10./11.6. kam es dann im nordrhein-westfälischen Einzelhandel zu einer Verständigung zwischen ver.di und den Arbeitgebern. Der erzielte Abschluss sieht vor:

- vier Nullmonate (Mai–August);
- Erhöhung der Tarifvergütungen um 2 % zum 1.9.2009;
- Stufenerhöhung um 1,5 % zum 1.9.2010;
- 150 € als zusätzliche Einmalzahlung im April 2010;
- 150 € im Jahr 2011 im Rahmen des Tarifvertrags Vorsorgeleistung.

Zudem konnte ver.di die von den Arbeitgebern geforderte Öffnungsklausel zur Verschiebung oder Streichung von Einmalzahlung und Tariferhöhung auf betrieblicher Ebene verhindern. Die Vergütungstarifverträge haben eine Laufzeit von 24 Monaten bis zum 30.4.2011. Ver.di betonte, dass nach Jahren des Reallohnverlustes dieser Abschluss eine reale Einkommenssteigerung bedeute. Ver.di wie auch die Arbeitgeberverbände Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) und Handelsverband BAG sahen die Möglichkeit, dass dieser Abschluss Pilotfunktion haben könnte. Bis zum Redaktionsschluss (25. Juni) lagen weitere Abschlüsse lediglich für Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein vor.

4 Ausblick

Die Lohn- und Gehaltsrunde 2009 ist zwar noch nicht abgeschlossen, es laufen noch die Verhandlungen in einigen Bereichen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie in einigen weiteren Branchen. Doch die wichtigsten Abschlüsse liegen vor und der Trend dieser Tarifrunde wird sich nicht mehr ändern: Die jahresbezogenen Tarifsteigerungen liegen erheblich über der erwartbaren Inflationsrate für dieses Jahr, sodass mit einer spürbaren realen Tarifanhebung zu rechnen ist. Von der Tarifpolitik geht also in diesem Jahr eine stabilisierende Wirkung auf den Konjunkturverlauf aus. Ob sich diese positive Entwicklung im kommenden Jahr fortsetzt, ist zurzeit kaum abschätzbar. Die für 2010 bereits vereinbarten Tarifsteigerungen fallen mit 1,2 % bis 2,5 % niedriger aus als für dieses Jahr. Die Tarifrunde 2010 wird mit den Verhandlungen im öffentlichen Dienst beginnen, wo die Verträge für Bund und Gemeinden Ende dieses Jahres auslaufen. Ende März und Ende April 2010 folgen dann bereits die chemische Industrie und die Metallindustrie.

LITERATUR

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2009): Tarifpolitischer Jahresbericht 2008: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, Januar 2009

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise – Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann, IMK Report 38, Mai

Gemeinschaftsdiagnose (2009): Im Sog der Weltrezession – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009, IMK Report 37, April